

Funkkolleg Wirtschaft Präsenzklausur

Liebe Funkkolleg-Teilnehmerin,
lieber Funkkolleg-Teilnehmer,

hier finden Sie die 40 Multiple-Choice-Fragen, die das Team der Goethe-Universität Frankfurt zu den Folgen 12 bis 22 des Funkkollegs Wirtschaft entwickelt hatte.

Zu jeder Frage gab es fünf Antwortmöglichkeiten,
es konnten also ein, zwei oder drei Antworten korrekt sein.
Es ist folglich immer mindestens eine Antwort richtig,
und es sind mindestens zwei Antworten falsch.

Die richtigen Antworten sind grün unterlegt.

Sendung 12

1. Welche der folgenden Aussagen zum „Cloudworking“ sind richtig?

- a) Cloudworking und Croudsourcing beschreiben zwei grundsätzlich unterschiedliche wirtschaftliche Phänomene.
- b) Cloudworking zeichnet sich aus durch: freies Arbeiten von zu Hause oder vom eigenen Büro, durch weltweite Vernetzung über das Internet, sowie durch ständig wechselnde Projekte für unterschiedliche Arbeitgeber.
- c) Clickworker, Topcoder oder Freelancer werden pro Auftrag bezahlt, weitere Verpflichtungen aus diesem Auftrag fallen für die Auftraggeber nicht an.
- d) Das so genannte Normalarbeitsverhältnis - das meint die tariflich abgesicherte Festanstellung in Vollzeit - nimmt zu.
- e) Die sogenannte Clickworkerarbeit besagt, dass Arbeit über Internet-Plattformen erledigt wird.

2. Warum ist „Cloudworking“ für Unternehmen von großer Bedeutung?

- a) Zunehmender Konkurrenzdruck durch die Globalisierung der Märkte
- b) Minimales Profitstreben der Unternehmen
- c) Mögliche Kosteneinsparung durch bessere Ausnutzung der globalen Belegschaft
- d) Großes Einsparpotenzial bei Gebäuden, IT-Infrastruktur und Sozialleistungen
- e) Steigerung der Unternehmensattraktivität für potenzielle Nachwuchskräfte

3. Was motiviert laut Funkkolleg Menschen dazu, als Freelancer in einer Cloud zu arbeiten?

- a) Die Verdienstmöglichkeiten.
- b) Der Austausch mit anderen Cloudworkern, der förderlich für die eigene berufliche Entwicklung sein kann.
- c) Die Bereitstellung neuester Arbeitseinrichtung (Computer, etc.) durch den Auftraggeber.
- d) Die Möglichkeit autonomen Arbeitens.
- e) Langfristige berufliche Sicherheit und Stetigkeit im Aufgabengebiet.

4. Welche zentralen Risiken birgt das Cloudworking gegenwärtig?

- a) Es besteht die Gefahr der Ausbeutung von Freelancern durch fehlende Arbeitnehmerrechte.
- b) Es besteht die Gefahr der Nichtbezahlung, da die eigene, bereits geleistete Arbeit von einem Auftraggeber ggf. nicht für ein Projekt ausgesucht wird, sondern die eines anderen Freelancers.
- c) Cloudworking wird den Zugang zu Aufträgen für diejenigen Freelancer verhindern, welche keine akademischen Abschlüsse in den sogenannten MINT-Studiengängen vorweisen können.
- d) Die Flexibilisierung von Arbeitszeiten bzw. die Nichtregulierung von Arbeitszeiten kann zu Überlastung/Überarbeitung von Freelancern führen.
- e) Alle Aussagen a bis d sind falsch.

Sendung 13

5. Welche der folgenden Aussagen über Langzeitarbeitslosigkeit sind richtig?

- a) Langzeitarbeitslosigkeit herrscht nur in den neuen Bundesländern vor.
- b) Über ein Drittel der aktuell knapp 3 Millionen deutschen Arbeitslosen ist langzeitarbeitslos.
- c) Im Vergleich zu Arbeitslosen werden Langzeitarbeitslose durch Hartz VI unterstützt.
- d) Ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit ist das Cloudworking.
- e) Als langzeitarbeitslos gilt, wer länger als 12 Monate arbeitslos ist.

6. Welche der folgenden Aussagen über den aktuellen deutschen Arbeitsmarkt sind richtig?

- a) Seit der Agenda 2010 wird der Arbeitsmarkt durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales dereguliert.
- b) Aufgrund der Agenda 2010 ist der Arbeitsmarkt dereguliert worden, Minijobs und Zeitarbeit haben zugenommen.
- c) Das Bundesamt für Arbeitsmarkt-Deregulation veröffentlicht monatlich statistische Auswertungen über die Arbeitsmarktentwicklung.
- d) Der Arbeitsmarkt funktioniert unter dem Aspekt gut, dass die Beschäftigung stetig steigt und die Arbeitslosigkeit von über fünf Millionen auf unter drei Millionen gefallen ist.
- e) In Deutschland herrscht Rekordbeschäftigung.

7. Welches sind häufige Gründe für Arbeitslosigkeit?

- a) Niedrige Qualifikation
- b) Profilbilder auf sozialen Plattformen wie z.B. Facebook
- c) Absolvieren eines Studiums
- d) Vorliegende Krankheiten
- e) Erforderliche Betreuung von Kindern oder Eltern

8. Welche Aussagen zum Begriff „negative Einkommensteuer“ sind richtig?

- a) Arbeitgeber bezahlen die Einkommensteuern für Menschen mit niedrigem Einkommen.
- b) Negative Einkommensteuer besteht, wenn der Staat durch die Einnahmen von Einkommenssteuern ein Haushaltsdefizit erzeugt.
- c) Die negative Einkommensteuer wird hauptsächlich durch Negativzinsen der europäischen Zentralbank finanziert.
- d) Durch das Instrument „negative Einkommensteuer“ sollen Anreize geschaffen werden, auch schlechter bezahlte Arbeit anzunehmen.
- e) Bei der „negativen Einkommensteuer“ handelt es sich um eine Art Steuer-Kredit. Oberhalb eines Einkommen-Schwellenwertes muss man Einkommensteuern zahlen, unterhalb hat man Anspruch auf einen Zuschuss.

Sendung 14

9. Welche der folgenden Aussagen treffen auf deutsche und amerikanische Gewerkschaften zu?

- a) Bis in die 1970er Jahre war jeder dritte amerikanische Arbeiter gewerkschaftlich organisiert, heute ist es nur noch jeder zehnte.
- b) Die amerikanischen „labor unions“ sind globale Organisationen mit großem politischen Einfluss und gut gefüllten Streikkassen.
- c) Die größte amerikanische Einzelgewerkschaft, die IG Metall, verzeichnet seit 2011 wieder leicht steigende Mitgliederzahlen.
- d) Die Mitgliederzahlen des Deutschen Gewerkschaftsbunds sinken.
- e) In Deutschland wird die Arbeit der Gewerkschaften stärker politisch unterstützt als in den Vereinigten Staaten.

10. Welche Aussagen zum „Right-to-work-Gesetz“ (Recht auf Arbeit) sind richtig?

- a) Es ist ein Gesetz, welches in Europa Gültigkeit hat.
- b) Hinter dem amerikanischen „Recht auf Arbeit“ steht ein Gesetz, das Gewerkschaften verbietet, Pflichtbeiträge von ihren Mitgliedern zu verlangen.
- c) Es sichert Arbeitnehmern eine garantierte Beschäftigung von mind. drei Jahren zu.
- d) Viele US-Bundesstaaten sind dadurch so gut wie gewerkschaftsfrei geworden.
- e) Es darf nur in privatwirtschaftlichen Sektoren ausgesprochen werden, nicht aber im öffentlichen Dienst.

11. „Die großen Industriegewerkschaften passen nicht mehr zur aktuellen „gig economy“. Was ist mit „gig-economy“ gemeint?

- a) Eine Wirtschaft, in der die Unterhaltungsindustrie den größten Wirtschaftssektor darstellt.
- b) Eine Wirtschaft, die sich auf Krankenversicherungen und Pensionsfonds für Freiberufler konzentriert.
- c) Eine Wirtschaft, die Netzwerke und den politischen Einfluss für die enorm wachsende Gruppe von Freiberuflern fördert.
- d) Eine Wirtschaft, die stark durch den öffentlichen Auftritt von Persönlichkeiten und deren ökonomischen Einstellungen geprägt ist.
- e) Eine Wirtschaft, in der Freiberufler ähnlich wie Rockbands von Konzert zu Konzert, von Projekt zu Projekt weiterziehen, ohne feste Anstellung.

12. Warum verlieren Gewerkschaften in modernen Gesellschaften an Bedeutung?

- a) So genannte Gewerkschafts-Zeitgesetze schränken die Machtbefugnisse führender Gewerkschaften zugunsten schwächerer Arbeitgebervertreter auf einen Fünfjahreszeitraum ein.
- b) Weil Arbeitgeber-Vertreter in Zeiten der Digitalisierung eine günstigere Alternative darstellen.
- c) Gewerkschaften scheinen „unmodern“ mit ihren hierarchischen Strukturen und Funktionärstum – dies schreckt neue, junge, gut ausgebildete Mitglieder ab.
- d) Mit der geforderten „employability“ des Arbeitnehmers ist die Festlegung des Arbeitnehmers auf eine Branche, die von einer Gewerkschaft vertreten wird, nicht mehr gegeben.
- e) Das öffentliche Bild von Gewerkschaft ist, zumindest in Deutschland, geprägt von den Kleinkriegen einzelner Spartengewerkschaften, die mit wenigen Mitgliedern im Streikfall ganze Industrien lahmlegen – oft zum Schaden des Kunden.

Sendung 15

13. Auf welchen Säulen basiert die Altersvorsorge gegenwärtig?

- a) Die Vorsorge mit Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung.
- b) Die Vorsorge mit Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Zusatzversicherung.
- c) Die betriebliche Altersvorsorge.
- d) Die private Vorsorge: eine freiwillige Ansparung von Kapital mit der Möglichkeit, bei Beginn des Rentenalters darauf zuzugreifen.
- e) Die Vorsorge mit Pflichtbeiträgen in Riester- oder Rürup-Produkten.

14. Welche der folgenden Aussagen zum Rentenbescheid ist richtig?

- a) Der Rentenbescheid wird einmal pro Quartal von der Bundesrentenkasse bereitgestellt.
- b) Im Rentenbescheid wird der Wert der Rente aufgelistet, der bei Renteneintritt je nach Höhe des Anpassungssatzes erwartet werden kann.
- c) Sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer erhalten ab Renteneintrittsalter gegen Vorlage dieser Bescheide ihre Rente.
- d) Rentenbescheide müssen vom Arbeitgeber gesammelt werden und dürfen erst bei Renteneintritt an die in Rente gehende Person ausgehändigt werden.
- e) Rentenbescheide werden nur für sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer bereitgestellt, die vor 2004 ein Arbeitsverhältnis aufgenommen hatten.

15. Welche der folgenden Aussagen beschreibt die historische Entwicklung des deutschen Rentensystems richtig?

- a) (1) Rentensystem mit Umlageverfahren, (2) Kapitalgedecktes Rentensystem, (3) Zusätzliche staatlich geförderte private Altersvorsorge.
- b) (1) Kapitalgedecktes Rentensystem, (2) Rentensystem mit Umlageverfahren, (3) Zusätzliche staatlich geförderte private Altersvorsorge.
- c) (1) Rentensystem mit Umlageverfahren, (2) Zusätzliche staatlich geförderte private Altersvorsorge, (3) Kapitalgedecktes Rentensystem.
- d) (1) Zusätzliche staatlich geförderte private Altersvorsorge, (2) Kapitalgedecktes Rentensystem, (3) Rentensystem mit Umlageverfahren.
- e) Alle Aussagen a bis d sind falsch.

Sendung 16

16. Welche der folgenden Aussagen zum Wachstum von Volkswirtschaften sind richtig?

- a) Volkswirtschaften können u.a. wachsen, da Unternehmen mehr Produktionskapazitäten schaffen und deshalb mehr produzieren können.
- b) Volkswirtschaften können u.a. wachsen, da Menschen immer effektiver und effizienter arbeiten können.
- c) Volkswirtschaften können u.a. wachsen, da neue Technologie oder neue Rahmenbedingungen aufkommen, die es den Unternehmen ermöglichen, besser zu wirtschaften.
- d) Lediglich die Volkswirtschaften der BRIC-Staaten können noch ein Wachstum erwarten, da ihre Produktionskapazität noch nicht ausgelastet ist.
- e) Volkswirtschaften wachsen alle 7 Jahre um 10%.

17. Was besagen die Erkenntnisse des US-amerikanischen Wachstums-Theoretikers Robert Solow zur Wachstums-Theorie, der für seine Forschungen 1987 den Wirtschafts-Nobelpreis bekam?

- a) Laut Solow können Investitionen in zusätzliche neue Maschinen und Produktionsanlagen langfristig in einer Volkswirtschaft nachhaltiges Wachstum generieren.
- b) Laut Solow können Investitionen in technologische Entwicklungen immer nur einen kurzfristigen Wachstumsschub für eine Volkswirtschaft herbeiführen.
- c) Laut Solow führen Investitionen in zusätzliche Maschinen und Produktionsanlagen oder technologischen Fortschritt zu langfristigen Wachstumsschüben einer Volkswirtschaft.
- d) Laut Solow kann technischer Fortschritt langfristig in einer Volkswirtschaft nachhaltiges Wachstum generieren.
- e) Laut Solow generieren Investitionen in technologischen Fortschritt in der Realität kein Wirtschaftswachstum.

18. Was besagen die Erkenntnisse des US-amerikanischen Ökonomen David Romer zur endogenen Wachstums-Theorie?

- a) Je mehr Ressourcen eine Volkswirtschaft in Forschung und Entwicklung investiert, desto stärker wächst die Wirtschaft.
- b) Je mehr Ressourcen eine Volkswirtschaft in Forschung und Endogenität investiert, desto stärker wächst die Wirtschaft.
- c) Je mehr Ressourcen eine Volkswirtschaft in Endogenität und Entwicklung investiert, desto stärker wächst die Wirtschaft.
- d) Je weniger Ressourcen eine Volkswirtschaft in Endogenität investiert, desto stärker wächst die Wirtschaft.
- e) Je weniger Ressourcen eine Volkswirtschaft in Entwicklung investiert, desto stärker wächst die Wirtschaft.

19. Welche der folgenden Aussagen treffen auf den Begriff „abnehmender Grenz-Nutzen des Konsums“ zu?

- a) Je ärmer ein Land ist, desto geringer wirkt sich zusätzlicher materieller Wohlstand auf die Zufriedenheit der Menschen aus.
- b) Unabhängig vom Wohlstand des Landes wirkt sich zusätzlicher materieller Wohlstand negativ auf die Zufriedenheit der Menschen aus.
- c) Je reicher ein Land ist, desto geringer wirkt sich zusätzlicher materieller Wohlstand auf die Zufriedenheit der Menschen aus.
- d) Zusätzlicher materieller Wohlstand verringert den Abstand zum perfekten Nutzen-Kostenverhältnis.
- e) Je reicher ein Land ist, desto stärker wirkt sich zusätzlicher materieller Wohlstand auf die Unzufriedenheit der Menschen aus.

Sendung 17

20. Welche der folgenden Aussagen zum Klimawandel und seinen Folgen sind richtig?

- a) Die Umstellung auf erneuerbare Energien ist wichtig für die Eingrenzung des Treibhauseffektes.
- b) Die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre ist seit Beginn der Industrialisierung stark gesunken.
- c) Klimaschutz-Erwägungen wirken sich bereits im großen Stil auf die Börsenkurse von fossilen Rohstoffen und von Energie-Unternehmen aus.
- d) Der Begriff „CO₂-Divestment“ steht für konzentrierte Investitionen in Kohleindustrie-Unternehmen mit hohen Dividendenausschüttungen.
- e) Öl gilt nach der Kohle als zweit-schmutzigste Energieform – der nächste logische Schritt nach dem Kohle-Ausstieg ist also der Ausstieg aus der Öl-Förderung.

21. Welche der folgenden Aussagen zur Ressource Boden sind richtig?

- a) Fruchtbarer Grund und Boden ist eine knapper werdende Ressource.
- b) Boden ist wichtig für den Anbau von Lebensmitteln, Textilrohstoffen oder Bio-Diesel.
- c) „Land Grabbing“ bezeichnet die umstrittene - wenn nicht sogar illegale - Aneignung der Ressource Boden.
- d) Durch den Erwerb von Nutzungsrechten verpflichten sich große Konzerne gleichzeitig zur Erneuerung der Ressource Boden.
- e) Boden ist in marktwirtschaftlich geprägten Staaten kein Wirtschaftsgut im Gegensatz zu Öl.

Sendung 18

22. Deutschland hat eine soziale Marktwirtschaft, in welcher eine Ordnungspolitik als staatliche Maßnahme zur Sicherung des Wirtschaftslebens dient. Was liegt dem Begriff der Ordnungspolitik zu Grunde?

- a) Die Ordnungspolitik konzentriert sich auf die Angleichung der wirtschaftlichen Entwicklung der neuen Bundesländer.
- b) Die Ordnungspolitik regelt die Produktionskapazitäten einzelner Branchen.
- c) Die Ordnungspolitik gilt ausschließlich für die Einhaltung bestimmter Kriterien im Rahmen der sozialen Arbeitsmarktregulierung.
- d) Der Staat legt die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft fest.
- e) Der Staat überprüft die von Wirtschaftsgrößen vorgegebenen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft auf soziale Verträglichkeit.

23. In welchen Bereichen sollte der Staat nach Adam Smith die „Unternehmensführung“ übernehmen?

- a) Bildung
- b) Straßenbau
- c) Post
- d) Television
- e) Telekommunikation

24. Es bestehen verschiedene Ansätze, nach denen Wirtschaft funktionieren soll und Freiheit und Deregulierung aber auch soziale Sicherheit und Schutz vor Ausbeutung gewährleistet werden soll. Aber keine Ansätze sind so konträr wie...

- a) Sozialismus und Kapitalismus
- b) Kapitalismus und Konservatismus
- c) Konservatismus und Neoliberalismus
- d) Neoliberalismus und soziale Marktwirtschaft
- e) Soziale Marktwirtschaft und Sozialismus

Sendung 19

25. Das bedingungslose Grundeinkommen steht als Gegenentwurf zum Kapitalismus, um was geht es dabei?

- a) Mehr Freiheit und mehr Gleichheit
- b) Universelle Einkommenstransferzahlung von ca. 1.000€
- c) Abschaffung des Kapitalismus
- d) Sicherung der Teilhabe an der Gesellschaft
- e) Höheres Arbeitslosengeld

26. Welche Vorhersagen zum Arbeitsverhalten kann die Forschung zum bedingungslosen Grundeinkommen aufgrund der „Lottery-Question“ machen?

- a) 70% der arbeitenden Bevölkerung würde aufhören zu arbeiten.
- b) Leiharbeiter mit restriktiven Beschäftigungsbedingungen würden höchstwahrscheinlich ihren Job aufgeben.
- c) 30% der arbeitenden Bevölkerung würde aufhören zu arbeiten.
- d) Keiner würde mehr arbeiten, denn Arbeit besteht aus dem alleinigen Beweggrund des Geldverdienens.
- e) Alle der Aussagen a bis d sind falsch.

27. Welche Probleme kann das bedingungslose Grundeinkommen bergen?

- a) Steigende Inflation für öffentliche Güter
- b) Benachteiligung von Arbeitslosen
- c) Spaltung der Gesellschaft
- d) Erhöhte Zuwanderung Geringverdienender
- e) Erhöhte Abwanderung von Fachkräften

28. Vor genau 500 Jahren beschrieb der englische Staatsmann Thomas Morus seine Vorstellung von einer idealen Gesellschaft. Die Bürger von „Utopia“ sollten ein Grundeinkommen beziehen, weil...?

- a) ...jeder Mensch ein Kind dieser Erde sei und jeder gleichbehandelt werden solle. Zur Realisierung des Grundeinkommens für alle solle Planwirtschaft betrieben werden.
- b) ... innerhalb der Klassen einer Gesellschaft die Grundeinkommen gleich seien, zwischen den Klassen jedoch unterschiedlich.
- c) ... jeder Mensch ein Kind dieser Erde sei und daher ein Recht auf die Früchte habe, die diese Erde hervorbringt. Doch weil es Eigentumsrechte gibt, können viele Menschen ihr Recht nicht wahrnehmen. Daher soll jeder das gleiche Grundeinkommen beziehen.
- d) ... der Mensch das höchste Gut der Erde sei und deshalb in Wohlstand leben solle. Denn nur ausreichend Wohlstand kann diese Überlegenheit des Menschen garantieren.
- e) Alle Aussagen a bis d sind falsch.

Sendung 20

29. Auf welches Ereignis spricht Angela Merkel mit dieser Aussage an?

"Nie wieder wird es notwendig sein, dass Steuerzahler dafür eintreten müssen, dass große Banken zusammenbrechen und dann praktisch ein erpresserisches Potential entwickeln und Steuerzahler diese Banken retten müssen."

- a) Tulpen-Krise
- b) Dotcom-Blase 2000
- c) Eurokrise 1997
- d) Weltwirtschaftskrise 1929
- e) Alle Aussagen a bis d sind falsch.

30. Was bedeuten die Bail-In-Vorschriften, die als ein wichtiges Element der EU-Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten gesehen werden?

- a) Gläubiger einer Bank werden an möglichen Verlusten einer Bank beteiligt.
- b) Banken müssen regelmäßig eine Kautions für besonders hohe Beträge Ihrer Gläubiger zurücklegen.
- c) Banken müssen 10% der Bilanzsumme als Eigenkapital hinterlegen.
- d) Kreditkunden werden an möglichen Verlusten einer Bank genauso beteiligt wie die Gläubiger.
- e) Alle Aussagen a bis d sind falsch.

31. Was wird als Schattenbank bezeichnet?

- a) Eine Institution, die Bankgeschäfte betreibt, ohne eine Banklizenz zu besitzen.
- b) Tochtergesellschaften einer Bank, weil an diese keine Banklizenzen ausgegeben werden.
- c) Kleine Kreditinstitute, die im Schatten der Bundesbank stehen.
- d) Banken, die in Verbindung mit Geschäften auf dem Schwarzmarkt stehen.
- e) Banken, welche die Finanzkrise zu verantworten haben.

32. Die Finanztransaktionssteuer soll die Spekulationen auf dem Finanzmarkt besser regulieren. Wie soll sie erhoben werden?

- a) Auf den Handel von Aktien und Anleihen
- b) Für Derivate von Aktien und Anleihen
- c) Nur auf stark risikobehaftete Spargbücher
- d) Auf den Verkauf von Hypothesen
- e) Bei Finanztransaktionen unter den Park-Banken

33. Ein weiteres Problem auf dem Finanzmarkt stellt die Marktmanipulation durch sogenannte Schein-Orders dar. Hierfür werden große Schein-Orders eingestellt, um zu schauen wie der Markt reagiert bzw. um den Markt zu einer Reaktion zu zwingen. Diese Manipulation nennt man?

- a) Manipulus mercatus
- b) Manipulus specie
- c) Momentum incognito
- d) Momentum Ignition**
- e) Alle Aussagen a bis d sind falsch.

Sendung 21

34. Wirtschaftliche Krisen sind allgegenwärtig und immer wiederkehrend. Welche der folgenden Wirtschaftskrisen begleiteten die Menschen in der Vergangenheit?

- a) Tulpenkrise**
- b) Agrarkrise**
- c) Finanzkrise**
- d) Midlife Krise
- e) Alle Aussagen a bis d sind falsch.

35. Welcher Nutzen wird laut Funkkolleg in einer Krise gesehen?

- a) Eine Krise fördert Währungswechsel und stärkt in den Folgejahren so die Wirtschaft.
- b) Eine Krise fördert Innovationen und damit Neuerungen.**
- c) Eine Krise regt die Menschen zum Umdenken an und verhindert so neue Krisen.
- d) Eine Krise fördert die Umverteilung von Vermögen in einer Gesellschaft.
- e) Alle Aussagen a bis d sind falsch.

36. Welche Aussagen zur „Tulpenkrise“ im 17. Jahrhundert sind richtig?

- a) Die Tulpenkrise wurde durch riskante Spekulationen des Tulpengenerals, Louis van Ghaal, ausgelöst.
- b) Die Tulpenkrise gilt als Beispiel für eine Spekulationskrise. Alles, was Menschen für wertvoll halten, kann zum Spekulationsobjekt werden.**
- c) Die Tulpenkrise bezeichnet eine durch Falschgeld (auch „Blüten“ genannt) eingeleitete Finanzkrise des 17. Jahrhunderts.
- d) Am Ende ging die Tulpenkrise so aus wie jede Spekulationskrise: Einige wurden reich, aber die Masse verlor viel Geld.**
- e) Alle der Aussagen a bis d sind falsch.

Sendung 22

37. Der Gerechtigkeitsmonitor des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) versucht Gerechtigkeit in Zahlen zu fassen. Welche Größen beinhaltet er unter anderem?

- a) Gesundheitsversorgung
- b) Einkommensgerechtigkeit
- c) Frauenquoten im Management
- d) Bildungschancen
- e) Branchenübergreifende Anzahl an Urlaubstagen

38. Der schottische Ökonom Adam Smith bringt die Überlegung des Gleichgewichts mit der „unsichtbaren Hand“ der Märkte zum Ausdruck und hat dabei folgendes Ziel vor Augen:

- a) Das Zusammenspiel der Eigennutzen vieler bringt einen großen Gesamtnutzen für alle.
- b) Kein Marktteilnehmer wird im Zustand des Gleichgewichts schlechter gestellt.
- c) Alle Marktteilnehmer gewinnen.
- d) Das Zusammenspiel der Märkte erzeugt die größtmögliche Produzentenrente.
- e) Das Zusammenspiel aller Marktteilnehmer bringt jedem einzelnen den größten Nutzen.

39. Welches wirtschaftliche Prinzip wird mit dem sogenannten „Goldenen Regen“ verbunden?

- a) Wenn die Regierung Steuersenkungen durchführt, führt das zu einer direkten Bargelderhöhung aller deutschen Haushalte.
- b) Wenn die Geldmenge erhöht wird, steht für alle Wirtschaftssubjekte mehr Geld zur Verfügung.
- c) Regen wird in ärmeren Regionen als „Goldener Regen“ bezeichnet, denn hier stellt es die Grundlage des Wohlstandes dar.
- d) Der „Goldene Regen“ bezeichnet den Wirtschaftsboom der 1920iger in Deutschland.
- e) Der Reichtum der Reichen fördert das Wirtschaftswachstum, das wiederum den Armen zu Gute kommt.

40. Was merkt der französische Ökonom Thomas Piketty über das Wachstum von Vermögen an?

- a) Vermögen besteht heute eher aus immateriellen Werten wie Glück und verzeichnet ein stetiges Wachstum.
- b) Vermögen besteht heute eher aus immateriellen Werten wie Glück, welches ein negatives Wachstum verzeichnet.
- c) Der Zinssatz für Kapitalanlagen ist so gering geworden, dass hierdurch kaum Vermögensvermehrung erreicht wird, während das Arbeitseinkommen regelmäßig an die Inflationsrate angepasst wird und damit steigt.
- d) Durch die stetige Wechselwirkung von Inflation und Deflation wird in den Realwerten fast kein Vermögenswachstum erreicht.
- e) Der Wert von Kapital steigt überproportional, während die Summe der Arbeitseinkommen nur gering steigt.